
2. REGLEMENT WOHNEIGENTUMSFÖRDERUNG

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Zweck, Geltungsbereich	3
2.	Wohneigentum	3
3.	Vorbezug	3
4.	Auswirkungen	4
5.	Auszahlung	5
6.	Rückzahlung	5
7.	Schlussbestimmungen	6

1. Zweck, Geltungsbereich

- 1.1 Der Stiftungsrat der Pensionskasse der Georg Fischer erlässt dieses Reglement im Sinne von Art. 30a ff des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) sowie der Verordnung über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge (WEFV) als Ergänzung zum Vorsorgereglement der Pensionskasse. Die Definitionen im Vorsorgereglement gelten sinngemäss.
- 1.2 Dieses Reglement gilt nur für Personen, welche in der Pensionskasse Georg Fischer (PK) versichert sind. Es regelt den gesetzlichen Anspruch auf einen Vorbezug der Freizügigkeitsleistung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf oder bei Scheidung sowie dessen Rückzahlung.

2. Wohneigentum

- 2.1 Als Wohneigentum zum eigenen Bedarf des Versicherten gilt
- a. sein Einfamilienhaus,
 - b. seine Eigentumswohnung,
 - c. sein Wohnzwecken dienender Anteil an anderen Gebäuden
- an seinem gesetzlichen Wohnsitz in der Schweiz oder bei Grenzgängern auch im nahen Ausland.
- 2.2 Der Versicherte kann den Vorbezug auch für den Erwerb von Anteilscheinen einer Wohnbaugenossenschaft oder einer ähnlichen Beteiligung verwenden, wenn er eine dadurch mitfinanzierte Wohnung selbst benutzt.

3. Vorbezug

- 3.1 Der Versicherte kann bis spätestens 3 Jahre vor Erreichung des gesetzlichen AHV-Alters (im Zeitpunkt des Vorbezugs) von der Pensionskasse einen Betrag für Wohneigentum zum eigenen Bedarf geltend machen. Eine Pfandverwertung wird wie ein Vorbezug behandelt.

3.2 Der Vorbezug darf

- a. bis zum Alter 50 nicht höher sein als die Freizügigkeitsleistung und
- b. nach dem Alter 50 nicht höher sein als
 - die Freizügigkeitsleistung, auf welche der Versicherte im Alter 50 Anspruch gehabt hätte oder
 - die Hälfte der aktuellen Freizügigkeitsleistung.

Der bei einer Scheidung des Versicherten vom Gericht angeordnete Vorbezug wird dabei berücksichtigt.

3.3 Ein Vorbezug ist nur möglich, wenn der zur Verfügung stehende Betrag den vom Bundesrat festgesetzten Mindestbetrag übersteigt.

3.4 Ist der Versicherte verheiratet, so ist der Vorbezug nur zulässig, wenn sein Ehegatte schriftlich zustimmt.

3.5 Der Vorbezug gilt im Scheidungsfall als Freizügigkeitsleistung und wird nach Art. 22 des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) beurteilt.

4. Auswirkungen

4.1 Die Pensionskasse lässt den Vorbezug im Grundbuch anmerken.

4.2 Der Vorbezug ist von der Pensionskasse der Eidg. Steuerverwaltung zu melden.

4.3 Der Vorbezug wird mit dem jeweiligen Satz für die Verzinsung der Sparguthaben der Pensionskasse erhöht. Im Vorsorgefall wird das Sparguthaben um den Vorbezug samt Zinsen vermindert. Dem Versicherten werden jeweils die entsprechend verminderten Leistungen jährlich mitgeteilt.

4.4 Die Freizügigkeitsleistung wird um den Vorbezug samt Zinsen vermindert.

4.5 Die Pensionskasse zeigt dem Versicherten auf, wie er den bisherigen Vorsorgeschutz für Tod und Invalidität erhalten kann. Die Kosten dieser Versicherung trägt der Versicherte.

5. Auszahlung

- 5.1 Der Pensionskasse ist die Finanzierung des Wohneigentums offenzulegen.
- 5.2 Die Auszahlung des Vorbezugs erfolgt innerhalb von 6 Monaten seit dem Begehren. Die Pensionskasse kann die Auszahlung aufschieben, wenn die Liquidität der Pensionskasse in Frage gestellt wird. Sie hat dabei eine Prioritätenordnung festzulegen und diese der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.
- 5.3 Der Versicherte hat der Pensionskasse die Kosten für ihre Umtriebe zu entschädigen, soweit diese über eine einfache Anfrage hinausgehen.

6. Rückzahlung

- 6.1 Der Vorbezug muss vom Versicherten oder seinen Erben an die Pensionskasse zurückbezahlt werden,
 - a. wenn das Wohneigentum veräußert wird, oder
 - b. wenn Rechte an diesem Wohneigentum eingeräumt werden, die wirtschaftlich einer Veräußerung gleichkommen, oder
 - c. wenn beim Tod des Versicherten keine entsprechenden Vorsorgeleistungen der Pensionskasse fällig werden.
- 6.2 Der Versicherte kann den Vorbezug samt Zinsen unter folgenden Bedingungen jederzeit freiwillig zurückzahlen,
 - a. bis zum Eintritt eines Vorsorgefalles (Alter, Tod oder Invalidität) oder
 - b. bis zur Fälligkeit der AustrittsleistungBei vollständiger Rückzahlung wird die Anmerkung im Grundbuch gelöscht. Erfolgte die Rückzahlung später als 3 Jahre vor dem Bezug einer Alter-, Hinterlassenen- oder Invalidenrente, so wird der Einkauf der Rente mit dem aktuellen Tarif für sofort beginnende Renten samt Zuschlag für die erhöhte Lebenserwartung neu berechnet.
- 6.3 Eine Einlage im Sinne des Vorsorgereglements ist erst möglich, wenn der Vorbezug vollständig zurückbezahlt ist.

7. Schlussbestimmungen

Fälle, welche in diesem Reglement nicht vorgesehen sind, regelt der Stiftungsrat nach den gesetzlichen Grundlagen und dem Zweck der beruflichen Vorsorge.

Schaffhausen, 12. Dezember 2006

Der Stiftungsrat